

LAMIN J. MUSS BLEIBEN!

Der Versuch einer Zusammenfassung der beeindruckenden Ereignisse und Ergebnisse rund um das Schicksal des 20-jährigen Gambiers Lamin J.

Im Mai 2011 zeigte das Engagement von zahlreichen AktivistInnen, ehrenamtlich Engagierten und politisch bewegten Menschen in und rund um Innsbruck, welche Bewegung und Bewusstseins-schaffung in der Gesellschaft möglich ist, wenn Gleichheit gefordert wird – in diesem Fall die Einforderung von Menschenrechten und Menschlichkeit!

Zwar konnte das ganz klar gemeinsam definierte Ziel, die Verhinderung der Abschiebung von Lamin nach Gambia, leider nicht erreicht werden, die Veränderung in der Gesellschaft sowie im Vollzug der Fremden- und Aufenthaltsgesetze in Tirol sind nachhaltig spürbar und bemerkenswert. Was weiters gelang, ist der Aufbau eines breiten, auf tiefstem Vertrauen basierenden Netzwerks von Unterstützer_innen von Flüchtlingen und illegalisierten Personen, bestehend aus engagierten Individuen, organisierten Rechtsberater_innen & Aktivist_innen und Parteipolitiker_innen.

Die These, wie es gelingen konnte, diese merkbaren Veränderungen in der Wahrnehmung der involvierten Personen, der agierenden Behörden sowie der interessierten Öffentlichkeit zu erwirken, ist leicht formuliert und doch nicht einfach nachzuvollziehen: Lamins Mut, Ehrlichkeit und Stärke und seine unglaubliche persönliche Integrität waren die Maxime aller getroffenen Entscheidungen. Das bescherte einen unglaublich herausfordernden, aber stets klaren, ethisch und moralisch absolut vertretbaren Weg durch die Ereignisse, der ganz sicher alle Beteiligten ein Stück weit geprägt und verändert hat.

Die Ereignisse im Zeitraffer

Lamin kam mit 16 Jahren als minderjähriger unbegleiteter Flüchtling auf der Flucht vor politischer Verfolgung durch das Regime in Gambia (sein Vater war Widerstandskämpfer, selbst verfolgt und geflohen - Lamin weiß heute nicht, wo er sich befindet bzw. ob er noch lebt) nach Österreich und letztlich nach Hall in Tirol. Dort war er zuerst 2 Jahre im BiWak, einem fantastischen Projekt für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge der SOS-Kinderdörfer, dann im Flüchtlingsheim untergebracht.

Sein Asylantrag wurde in 1. und 2. Instanz innerhalb von 4 Monaten negativ beschieden, die Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof wurde erst Ende 2010 - also noch 3 1/2 Jahren negativ entschieden. Dann stellte er einen Antrag auf Niederlassungsbewilligung bei der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck, dieser wurde zurückgewiesen, die Beschwerde dagegen beim Bundesministerium für Inneres bis zu diesem Zeitpunkt nicht entschieden.

Am 4. Mai 2011 in aller Frühe wurde er überraschend in Schubhaft genommen und wir wurden informiert und aktiv. Wir waren und sind eine Gruppe von Menschen zusammengesetzt aus Bleiberechtsaktivist_innen, unabhängigen Rechtsberater_innen und Vertreter_innen der Grünen sowie vielen zivilgesellschaftlich organisierten Menschen mehr. Wir entschieden sehr spontan, eine Solidaritätskundgebung am Freitag, 6. Mai 2011 vor dem Polizeianhaltezentrum in Innsbruck, wo Lamin inhaftiert war, abzuhalten. Parallel reichten die Rechtsberater_innen Beschwerde beim Unabhängigen Verwaltungssenat gegen die vorzeitige In Schubhaftnahme ein.

Hier legten wir den ersten Grundstein der erfolgreichen Bewegung: alle Beteiligten übernahmen ohne große strukturelle Planung jeweils die Aufgaben, die ihnen von Hintergrund und Erfahrung am nächsten waren: das Rechtsberatungsteam der unabhängigen Diakonie kümmerte sich ab diesem Zeitpunkt um sämtliche Rechtsmittel und juristische Möglichkeiten und zeigte sich dabei unglaublich firm und spitzfindig in diesem unsäglichen Fremden- und Aufenthaltsrecht.

Die Bleiberechtsaktivist_innen übernahm vor allem die Aufgabe der Mobilisierung der Menschen sowie in der Folge die persönliche Unterstützung von Lamin. Die psychische Belastung, der Lamin ausgesetzt durch die Ereignisse ausgesetzt war, erforderten dabei sehr viel Zeit und Fingerspitzengefühl.

Die beteiligten parteipolitischen Akteur_innen kümmerten sich durch die ganze Zeit vor allem um die mediale Öffentlichkeit sowie die politischen Gespräche im Hintergrund.

Was in dieser ersten Phase weiters gelang, war das Schaffen einer positiven Stimmung in der medialen Öffentlichkeit. Eine Journalistin, die mit ihrem Zugang zur Geschichte das Thema im öffentlich-rechtlichen positiv setzte, war hier wohl eine Schlüsselfigur. Durch ihren Bericht im Radio entstand auch Interesse von Printmedien und so waren bei der Demo am 6. Mai 2011 vor dem Polizeianhaltezentrum Innsbruck Kamerateam und Pressefotograf_innen anwesend. Durch die rasche Entscheidung des Unabhängigen Verwaltungssenates Tirol über die Schubhaftbeschwerde kam Lamin wieder frei - es wurden gelindere Mittel auferlegt: zweimal täglich Meldung bei Polizei, Unterbringung im Flüchtlingsheim Hall. Eine erste Erfolgsmeldung bestimmte die Berichterstattung, die Bilder des überaus sympathischen und authentischen Lamin verstärkten das Unverständnis der Öffentlichkeit für die unmenschlichen Fremdengesetze und deren -auslegung.

Nun war uns Unterstützer_innen durchaus bewusst, dass dieser Erfolg nur ein kleiner Schritt und sicher noch keine nachhaltige, positive Wendung sein konnte. Wir brachten in Erfahrung, dass der Deportationsflug für Dienstag morgen, 10. Mai 2011, von Wien-Schwechat aus geplant war und überlegten, welche Möglichkeiten Lamin bzw. wir hatten, um diese Abschiebung zu verhindern.

Klar war für uns, dass wir Lamin möglichst rund um die Uhr zur Seite stehen wollten, sowohl untertags als auch in der Nacht (es schliefen immer mind. zwei Aktivist_innen in einem Auto vor dem Flüchtlingsheim, um vorort zu sein, sollte die Fremdenpolizei ein weiteres Mal in der Nacht oder am frühen Morgen zugreifen) und selbstverständlich bei seinen täglich zweimal anstehenden Terminen bei der Polizeiinspektion Hall.

Montag, 9. Mai 2011, war nach unserer Einschätzung der nächste D-Day. Wir erwarteten bereits, dass Lamin bei der üblichen Meldung bei der Polizeiinspektion wieder inhaftiert und zur Abschiebung am Dienstag morgen nach Wien-Schwechat überstellt werden sollte. Daher mobilisierten wir wiederum Menschenrechtsaktivist_innen und Medien und begleiteten Lamin auf seinem Weg zur Polizei. Man muss sich vorstellen: Der junge Mann ging freiwillig zu seiner anstehenden Abschiebung, in der Hoffnung und dem Vertrauen darauf, dass wir – zum Großteil Menschen, die er nur wenige Stunden und Tage kannte – ihm helfen könnten. Beim Eintreten in die Polizeistube wurde er umgehend festgehalten, er wollte sich wehren und schrie, wurde aber eiligst abgeführt und aus unserer Sichtweite gebracht. Einzig sein Rechtsberater durfte bei ihm bleiben und informierte uns mit sporadischen SMS über die Vorgänge drinnen.

Vor der Station waren anfänglich rund 100 friedliche Menschenrechtsaktivist_innen, aber wir wurden mehr, die offizielle Meldung der Polizei war 200 Personen. Durch Sitzen vor den drei möglichen Ausgängen der Polizeiinspektion wollten wir den Abtransport Richtung Wien Schwechat verhindern. Ganz ruhig und friedlich, singend und essend, aber auch sehr angespannt, verharrten wir vor der Polizei. Es wurden immer mehr Streifenfahrzeuge angefordert, es gab Anzeichen dafür, dass Lamin abtransportiert werden sollte, aber die Polizist_innen forderten uns weder auf zu gehen noch planten sie eine Räumung – vermutlich aufgrund der Anwesenheit von Kamerateams. Nach vier Stunden friedlichem zivilem Ungehorsam geschah das Erhoffte, aber völlig Unerwartete: Lamin kam ein weiteres Mal frei, da der Flieger verpasst war und die Abschiebung aufgeschoben und letztlich aufgrund politischer Interventionen ausgesetzt wurde.

Aufgrund des zweiten Erfolges, des noch viel größerem öffentlichen Interesses und der beständig positiven Stimmung gab es Zusagen von der damals ganz neu ins Amt gehieften Innenministerin Mikl-Leitner abwärts, die Beschwerde gründlich zu prüfen und jedenfalls so lange mit der Abschiebung zu warten.

Begleitet von praktischen allen Medien bis hin zu Bundesmedien wie ORF und Standard bot dann die evangelische Kirche erstmals in Österreich ihr Kirchenasyl in der Superintendentur in Innsbruck an, welches Lamin aber nicht annehmen konnte und wollte, weil die Behörde nicht über den Antrag auf Aufhebung der gelinderten Mittel entschied. Lamin wollte sich keiner Auflage widersetzen, um seine Chancen auf einen rechtmäßigen Aufenthalt zu wahren. Und da es auch aus der ÖVP positive Signale gab, dass der Fall gut ausgehen könnte, lebte diese Hoffnung in ihm weiter.

Was sich in dieser Tagen abzuzeichnen begann, war der Versuch von einzelnen Beamten, Lamin und uns Unterstützer_innen zu kriminalisieren: es gab Einvernahmen von wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ bzw. „Körperverletzung“, in den Medien wurde kolportiert, wir hätten die Polizei in Hall so gelähmt, dass im Notfall keine Einsätze möglich gewesen wären und das 30 von uns Anzeigen erhalten würden. Diese Anzeigen (Verstoß gegen das Versammlungsgesetz) betrafen später dann 11 Personen, die Lamin zwei Tage später ohne jegliche Kundgebung zu seinen weiterhin vorgeschriebenen Terminen bei der Polizei begleiteten. Diese Anzeigen laufen noch – wir agieren aber auch hierbei akkordiert, was in Bälde ein Fallenlassen der Anzeigen zur Folge haben sollte.

Dann warten, verhandeln, netzwerken, Öffentlichkeitsarbeit. google-news spricht Bände über die Breite der Berichterstattung, Anschauungsmaterial bring ich zum Kongress sehr gerne mit. Bemerkenswert die positive Stimmung in Medien, obwohl es sich um einen alleinstehenden jungen Afrikaner handelt, der sogar eine kleine Vorstrafe (ein versuchter Hausfriedensbruch, bedingte Strafe ausgesetzt auf drei Jahre) aufweist. Aber durch Ehrlichkeit, Mut und Stärke in allen gesetzten Schritten ist es gelungen, von der menschlichen Dimension des Falles zu überzeugen.

Am 27. Mai bei der polizeilichen Meldung, wieder bei der Polizei in Hall i. T., wurde Lamin, der weiterhin von Aktivist_innen zur Polizei begleitet wurde, ein drittes Mal festgenommen und sofort abgeführt und nach Wien verbracht. Die bevollmächtigte Begleiterin wurde festgehalten, durfte nicht mehr mit Lamin sprechen, es wurde ihr der Bescheid nur kurz gezeigt, nicht ausgehändigt und sie wurde am telefonieren gehindert.

Lamin kam nach Wien-Schwechat - in T-Shirt, Jeans und Flipflops, sein Rucksack und alle weiteren persönlichen Dinge blieben in Hall zurück. Als die Rechtsvertreter_innen dann nach langen Bemühungen den negativen Bescheid des Innenministeriums in Händen hielten, konnten wir feststellen, dass der Bescheid nicht nur inhaltlich höchst fragwürdig ist, sondern weiters bereits am 17. Mai ausgestellt wurde. Soll heißen, das BMI und die Ministerin haben Lamin, die RechtsberaterInnen, die Medien und damit die Öffentlichkeit zumindest 10 Tage belogen, da sie nicht müde wurden, zu behaupten, der Fall würde noch geprüft und dies gründlich!

Am 28. Mai dann wurde die Abschiebung vollzogen. Zwei Aktivist_innen, die sich Tickets für den Flug nach Brüssel organisiert hatten, versuchten durch die Weigerung sich zu setzen, den Flug zu verhindern. Obwohl auch in Wien-Schwechat Aktivist_innen mit Flyern und Kundgebungen auf die Vorgänge hinwiesen, wurde aufgrund totaler Unsolidarität der Crew und der andere Fluggäste die Abschiebung vollzogen, die beiden „Widerständischen“ abgeführt und angezeigt. Über Brüssel erreichte Lamin Samstag nachmittag Banjul, wo er dank der Intervention der evangelischen Kirche von Kirchenvertretern empfangen wurde und so das Flughafengelände unbehelligt verlassen konnte. Allerdings hatten sowohl die Kirche als auch die Verwandten von Lamin große Angst, ihm in ihrem Haus Zuflucht zu gewähren, weil sie Repressionen der Staatsmacht befürchten.

Die äußerst kurzfristige, hinterhältig geplante und kaltblütig durchgezogene Abschiebung hat nicht nur uns nächste Unterstützer_innen und mittlerweile Freund_innen von Lamin zutiefst getroffen – auch die Öffentlichkeit war wütend und verständnislos. Eine weitere, in kürzester Zeit organisierte Kundgebung vor der zuständigen Behörde brachte über 300 Menschen zusammen, die ihrer Fassungslosigkeit und Trauer über den Zustand des österreichischen Rechtsstaats und die offensichtlich endgültige Negierung jeglicher Menschlichkeit im Behördenapparat Ausdruck verliehen. Wiederum waren zahlreiche Medienvertreter_innen anwesend, die diese Botschaft im ganzen Land verbreiteten.

Was bleibt?

Lamin ist in Gambia. Er lebt dort bei seinen Halbschwestern und deren Großmutter, bis jetzt konnten wir ihn mit Spenden, die wir bei der letzten Demo für ihn gesammelt haben, unterstützen – diese Mittel sind nun erschöpft. Seine Angst vor weiterer Verfolgung ist so groß wie unsicher: keine_r kann einschätzen, ob er tatsächlich noch gesucht wird. Das Regime ist das gleiche, die Zustände in Gambia im wesentlichen unverändert.

Einige von uns haben regelmäßig Kontakt mit ihm, was ihm in seiner Perspektivenlosigkeit gut tut, aber letztlich nicht weiterhilft. Die wohl erfreulichste Entwicklung der vergangenen Wochen seit der Abschiebung, ist das Engagement einer Redakteurin der ORF-Sendung Orientierung. Sie war gemeinsam mit einem Kameramann bei Lamin in Gambia, hat dort einen Bericht gedreht, und gleichzeitig Gespräche mit den methodistischen Kirchenvertretern geführt, die Lamin jetzt bei seinem Schritt zurück ins Leben in Gambia unterstützen wollen. Sie werden mit ihren Anwälten erheben, wie groß das Risiko von Verfolgung ist und Lamin im zweiten Schritt beim Erwerb einer Ausbildung mit Abschluss unterstützen. Lamin sieht diese Angebote sehr zuversichtlich und auch wir freuen uns über diese Perspektiven für unseren Freund.

Unser Netzwerk besteht weiter. Durch die geteilten, sehr intensiven Erfahrungen sind die in Innsbruck und Tirol in Sachen Bleiberecht engagierten Menschen sehr eng zusammengerückt. Wir unterstützen viele weitere betroffene Menschen gemeinsam – jede Gruppe nach ihren Möglichkeiten. Durch dieses dichte Netzwerk ist tatsächlich eine Veränderung des Gesetzesvollzuges merkbar – wir spüren eine leicht positive Tendenz bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln. Was uns besonders wichtig ist: für Familien gleichermaßen wie für Einzelpersonen.

Auch Lamins Fall ist für uns juristisch noch lange nicht abgeschlossen: Es läuft die Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof gegen den Bescheid des Innenministeriums, die Beschwerde gegen die Nicht-Aufhebung der gelinderten Mittel ist mittlerweile mit skandalösen Begründungen abgelehnt worden – dazu wird die evangelische Kirche auf öffentlich noch Position beziehen. Ob Lamin durch diese Rechtsmittel oder aber den Erwerb einer rot-weiß-rot-Card jemals wieder nach Österreich kommen kann, wissen wir nicht. Das derzeit noch aufrechte Aufenthaltsverbot aufgrund der Abschiebung lässt uns momentan keinerlei Spielraum.

Gesellschaftspolitischer Wandel?

Gelungen ist sich eine sehr breite Sensibilisierung und Bewusstseins-schaffung für den Umgang

des österreichischen Staates mit Menschen auf der Flucht bzw. ohne österreichischen Pass. Die Frage, warum wir in Österreich zwei unterschiedliche Rechtssysteme für EU-In- und Ausländer_innen brauchen, stellen sich nunmehr hoffentlich mehr Menschen als zuvor.

Ob unser Anstoß für Menschenrechte und Menschlichkeit einzustehen, auf die Straße zu gehen und zu kämpfen, der Schaffung von Gleichheit aller Menschen in unserer Gesellschaft nachhaltig weiterhilft, wird sich weisen. Was wahrzunehmen ist, ist die Allianz von mutigen, verantwortungsvollen und solidarischen Menschen über Glaubens-, Ideologie- und Parteigrenzen hinweg, die sich für ein gemeinsames Ziel einsetzen. Und diese Konzept ist nachahmenswert.